

PLANZEICHENERLÄUTERUNG

(NACH BAUGB IN VERBINDUNG MIT PLANZV 1990)

— — — GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES DER
VEREINFACHTEN TEILÄNDERUNG
(§ 9 ABS. 7 BAUGB)

— — — GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES DES
RECHTSKRÄFTIGEN BEBAUUNGSPLANES
(§ 9 ABS. 7 BAUGB)

St UMGRENZUNG VON FLÄCHEN FÜR STELLPLÄTZE MIT IHREN ZUFahrTEN;
HIER: STELLPLÄTZE
(§ 9 ABS. 1 NR. 4 BAUGB)

TEIL B: TEXTTEIL

FESTSETZUNGEN (GEM. § 9 BAUGB)

1. Flächen für Zufahrten und Stellplätze Siehe Plan
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 4 BAUGB

zulässig sind: Stellplätze, Zufahrten

HINWEISE

Gemäß § 13 BauGB wird eine vereinfachte Teiländerung des Bebauungsplanes „Hausenhuf“ durchgeführt.

Von der Durchführung einer Umweltprüfung sowie der Aufstellung eines Umweltberichtes wird gemäß § 13 Abs. 3 BauGB abgesehen.

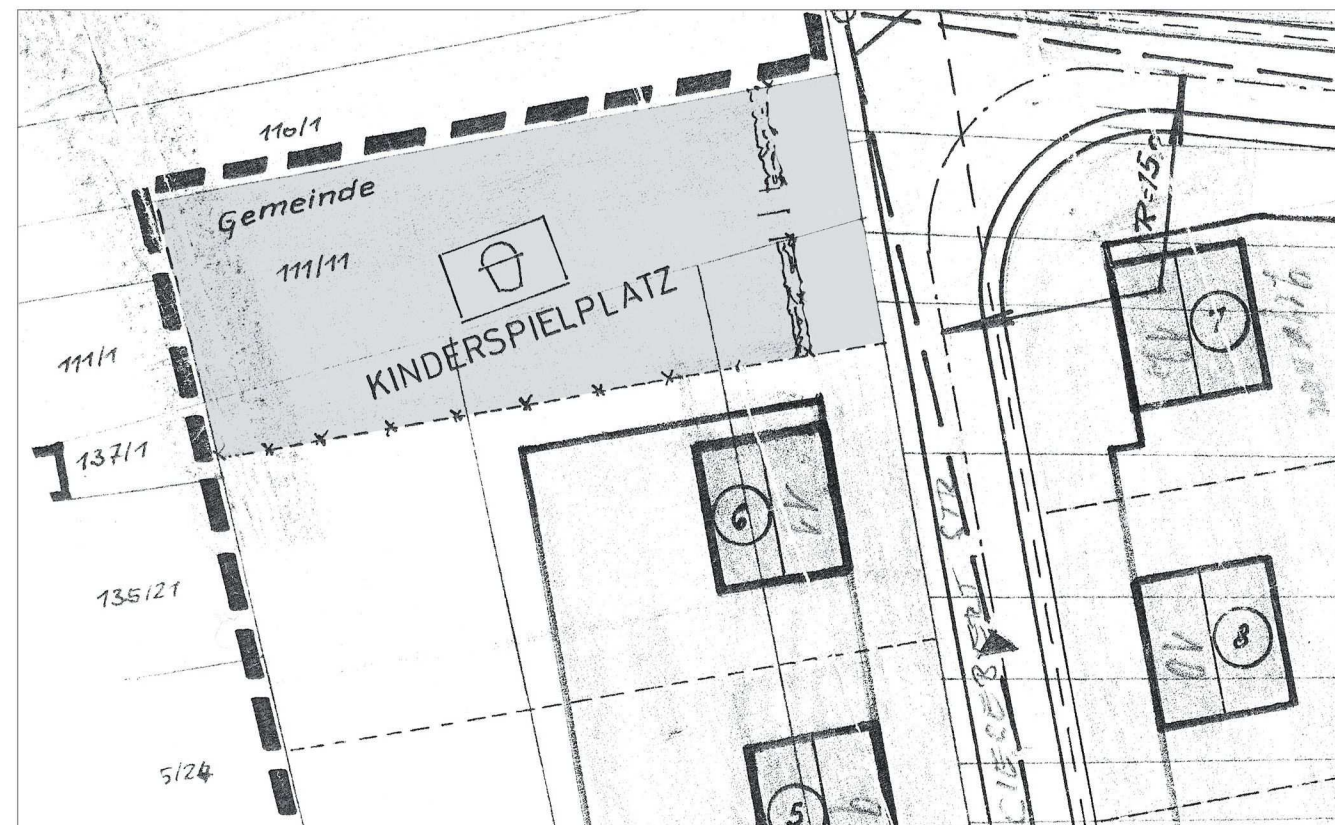
GESETZLICHE GRUNDLAGEN

Für die Verfahrensdurchführung und die Festsetzungen des Bebauungsplanes gelten u.a. folgende Gesetze und Verordnungen:

- Baugesetzbuch (BauGB), in der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3316),
- Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Bekanntmachung der Neufassung vom 23.01.1990 (BGBl. I S. 133), zuletzt geändert durch Art. 3 des IWG vom 22.04.1993 (BGBl. I S. 479),
- Anlage zur Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts Planzeichenverordnung (PlanZVO) vom 18. 12.1990 (BGBl. I S. 58),

- Saarländische Landesbauordnung (LBO), zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 6 des Gesetzes Nr. 1554 zur Neuordnung des saarländischen Denkmalrechts (SDSchG) vom 19.05.2004 (Amtsblatt des Saarlandes, S. 1507),
- Der § 12 des Kommunalselbstverwaltungsgesetzes (KSVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27.06.1997 (Amtsblatt des Saarlandes S. 682) zuletzt geändert durch Gesetz vom 13.12.2005 (Amtsblatt des Saarlandes, S. 2010)

AUSSCHNITT RECHTSKRÄFTIGER B-PLAN „HAUSENHUF“



VERFAHRENSVERMERKE

- Abs. 2 Satz 4 BauGB).

- Es wird bescheinigt, dass die im räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplans gelegenen Flurstücke hinsichtlich ihrer Grenzen und Bezeichnungen mit dem Liegenschaftskataster übereinstimmen.

Landesamt für Kataster-, Vermessungs-
und Kartenwesen

- Der Gemeinderat hat am __.__.____ die vereinfachte Teiländerung des Bebauungsplanes „Hausenhuf“ als Satzung beschlossen (§ 10 Abs. 1 BauGB). Der Bebauungsplan besteht aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung.
- Der Bebauungsplan wird hiermit als Satzung ausfertigt.

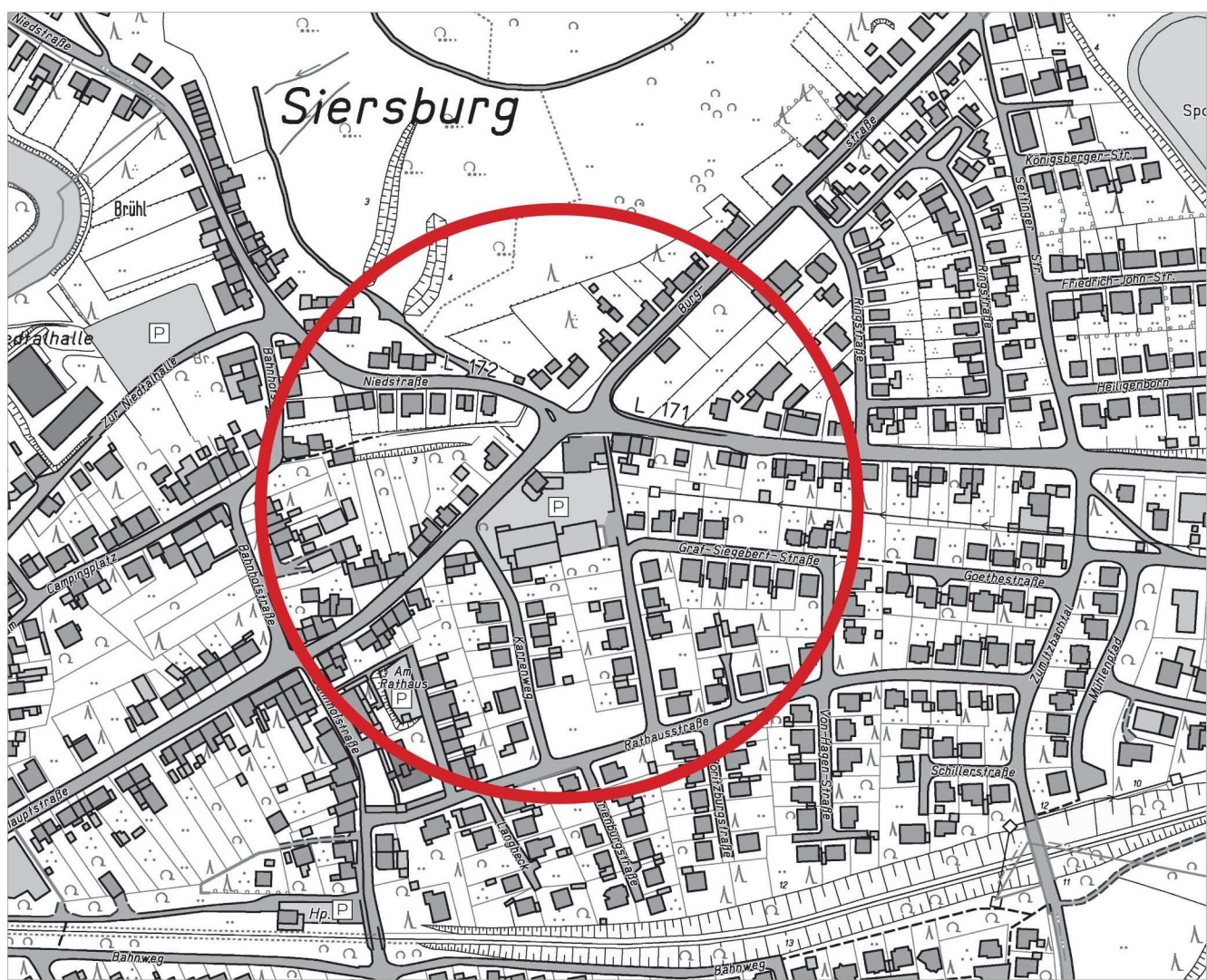
Rehlingen-Siersburg, den ____.

- Der Satzungsbeschluss wurde am _____. _____. _____. ortsüblich bekanntgemacht (§ 10 Abs. 3 BauGB). In dieser Bekanntmachung ist auf die Möglichkeit der Einsichtnahme, die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie auf die Rechtsfolge (gem. § 215 Abs. 2 BauGB), ferner auf Fälligkeit und Erlöschen von Entschädigungsansprüchen gem. § 44 Abs. 2 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB hingewiesen worden.

Mit dieser Bekanntmachung tritt die vereinfachte Teiländerung des Bebauungsplanes „Hausenhuf“, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung in Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB).

Rehlingen-Siersburg, den ____.

**ENTWURF DER
VEREINFACHTEN TEILÄNDERUNG DES BEBAUUNGSPLANES
"HAUSENHUF"
DER GEMEINDE REHLINGEN-SIERSBURG**



Kirchenstrasse 12
66557 Illingen
Stand der Planung:
31.01.2007

Verantwortlicher Projektleiter B-Plan
Dipl.-Ing. Hugo Kern
Raum- und Umweltplaner,
Geschäftsführer

Geschäftsstunden

0 5 25 50
